

BE: MAYER

Nr. der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(4. Session der 17. Gesetzgebungsperiode)

Antrag

der Abg. Klubobmann Mag. Mayer, Klubobmann Dr. Schöppl, Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf
und Mag. Scharfetter betreffend ein Deregulierungspaket auf EU-Ebene zur Stärkung des
Wirtschaftsstandortes Salzburg

Die Salzburger Volkspartei bekennt sich klar zur Europäischen Union als zentrales politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Projekt sowie als Garant für Frieden, Wohlstand und Zusammenarbeit in Europa. Gerade für ein exportorientiertes Bundesland wie Salzburg ist ein funktionierender europäischer Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung.

Die Europäische Kommission hat in ihrem Arbeitsprogramm 2026 den Abbau unnötiger Bürokratie, die Vereinfachung bestehender Rechtsvorschriften sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit - insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen - ausdrücklich als zentrale Zielsetzungen festgelegt. Diese Prioritäten decken sich mit den Anliegen des Landes Salzburg, das auch im eigenen Wirkungsbereich konsequent Maßnahmen zur Entbürokratisierung setzt, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern und Verwaltungsprozesse effizient, transparent und bürgerfreundlich zu gestalten.

In der Praxis zeigt sich, dass der bestehende europäische Regelungsrahmen für Unternehmen und Verwaltungen mit einem erheblichen administrativen Aufwand verbunden ist. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe, die das Rückgrat der Salzburger Wirtschaft bilden, stehen vor zunehmenden Melde-, Nachweis- und Dokumentationspflichten, die Investitionen hemmen und Innovationskraft binden können. Ohne eine kohärente und auf Vereinfachung ausgerichtete europäische Regulierung besteht die Gefahr, dass nationale und regionale Entbürokratisierungsbemühungen - auch jene des Landes Salzburg - durch europäische Vorgaben konkurrenzlos werden.

Ein wirksamer Bürokratieabbau auf europäischer Ebene bedeutet nicht den Abbau gemeinsamer Standards, sondern eine stärkere Fokussierung auf Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Mehrwert europäischer Regelungen. Dabei kommt dem Subsidiaritätsprinzip eine besondere Bedeutung zu, um sicherzustellen, dass Regelungen möglichst bürger- und unternehmensnah getroffen werden.

Vor diesem Hintergrund ist es im Interesse des Landes Salzburg, die von der Europäischen Kommission angekündigten Vereinfachungs- und Evaluierungsinitiativen aktiv zu unterstützen und konstruktiv mitzugestalten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, sich gemeinsam mit der Bundesregierung auf Ebene der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass

1. die von der Europäischen Kommission angekündigten Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie und zur Vereinfachung bestehender EU-Rechtsvorschriften konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden,
2. eine systematische, umfassende Evaluierung bestehender EU-Regulierungen im Hinblick auf ihre Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit, Praktikabilität und den damit verbundenen administrativen Aufwand vorgenommen wird,
3. bei neuen Gesetzgebungsvorhaben auf europäischer Ebene auf eine möglichst kosten- und bürokratieschonende Ausgestaltung geachtet wird, sowie
4. das Subsidiaritätsprinzip im Sinne einer effizienten und bürgernahen Aufgabenteilung zwischen europäischer, nationaler und regionaler Ebene gestärkt wird, damit Regelungen wirklich dort getroffen werden, wo sie am wirksamsten und verhältnismäßigsten umgesetzt werden können.

Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 4. Februar 2026

Mag. Mayer eh.

Dr.ⁱⁿ Pallauf eh.

Mag. Scharfetter eh.

Dr. Schöppl eh.